

Noch mehr Probleme für Jugendliche, die bereits in Schwierigkeiten sind

Nationalräte, Grossräte und die Vereinigung Infri sorgen sich um Jugendliche mit Beeinträchtigungen. Ihr **Berufseinstieg** werde schwieriger.

MIREILLE ROTZETTER

Ausgerechnet Jugendlichen, die mehr Zeit zum Lernen benötigen als andere, wird die Ausbildung gekürzt. So hat es die Freiburger CVP-Nationalrätin Christine Bulliard in einem Postulat formuliert, welches das Parlament am Freitag angenommen hat. Im Postulat geht es um faktisch zweijährige Anlehren der Invalidenversicherung und praktische Ausbildungen des Branchenverbandes der Behinderteneinrichtungen IN-SOS. Diese Ausbildungen richten sich an Jugendliche, welche die Anforderungen einer Attestlehre nicht erfüllen. Seit 2011 billigt die IV den Jugendlichen das zweite Jahr dieser Spezialausbildungen jedoch nur noch zu, wenn sie ihnen zutraut, dass sie nach der Lehre eine Stelle im regulären Arbeitsmarkt finden.

Diese und andere Entwicklungen spürt der Kanton Freiburg: Gemäss einer Mitteilung von Infri, der Freiburgerischen Vereinigung der spezialisierten Institutionen, ist die Zahl der Jugendlichen, die nach der obligatorischen Schule ein Motivationssemester oder ein ähnliches Übergangsprogramm besuchen, in den letzten drei Jahren von 200 auf 570 angestiegen. Dafür gebe es mehrere Gründe. Einer sei beispielsweise, dass früher Jugendliche mit einem IQ zwischen 70 und 75 von der IV unterstützt wurden, jetzt aber nicht mehr.

Die Vereinigung hat sich an ihrer gestrigen Generalversammlung mit dem Thema befasst, und auch die Grossrätin Andrea Burgener Woeffray



Jugendliche mit Beeinträchtigungen haben grosse Mühe, eine Lehrstelle zu finden.

Bild Aldo Ellena/a

und Peter Wüthrich sorgen sich um den Berufseinstieg von Jugendlichen mit Schwierigkeiten (siehe Kasten).

Vielfältige Probleme

Ursula Schneider Schüttel, Freiburger SP-Nationalrätin und Präsidentin von Infri, hält fest, dass die Problematik breit sei und es nicht nur eine Lösung gebe. «Es geht um Jugendliche mit einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung; um solche mit sozialen und familiären Problemen, mit Lernschwierigkeiten und Verhaltensauffälligkeiten.» Die jetzigen Übergangsprogramme seien zwar gut, doch sie liessen den Jugendlichen oft zu wenig Zeit. «Die jungen Leute geraten unter Druck, weil sie danach sofort eine Stelle haben

sollten.» Ein Problem sei, dass durch die hohe Auslastung der Programme nicht allen etwas geboten werden könne. «Es kumuliert sich. Man hat noch nicht für alle eine Lösung, und schon kommt der nächste Jahrgang.»

Infri bemängelt, dass die Jugendlichen nach den Programmen oft bei der Arbeitslosenkasse landeten. «Der Schwerpunkt sollte aber bei der Ausbildung liegen», sagt Schneider. Die Regionalen Arbeitsvermittlungsstellen seien auf Leute ausgerichtet, die bereits eine Ausbildung hätten und nicht auf Jugendliche, die noch eine bräuchten. Die Vereinigung wünsche sich deshalb ein grösseres finanzielles Engagement des Kantons, um vermehrt Ausbildungsprogramme zu ermöglichen.

Etwas anders sieht es Paul-Albert Nobs, Direktor der Cremo und Präsident der kantonalen Kommission für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung. «Oft wissen die Jugendlichen nach der Schule nicht, was sie wollen», sagt er. Sie und auch ihre Eltern würden sich zum Teil zu stark auf den Staat verlassen. Für die Kommission liege ein Schwerpunkt in der Prävention und der Information. So sollen die Jugendlichen in den letzten Jahren der obligatorischen Schulzeit besser auf den Berufseinstieg vorbereitet und auch ihre Eltern stärker miteinbezogen werden. «Das ist ein Weg. Aber die Problematik ist komplex, und es gibt so viele unterschiedliche Fälle, dass es mehrere Wege braucht», so Nobs.

Postulat: Staat soll sich an Bund wenden

In ihrem kürzlich eingereichten Postulat fordern die Grossrätin Andrea Burgener (SP, Freiburg) und Peter Wüthrich (FDP, Domicidier), dass das Amt für Berufsbildung und das Amt für den Arbeitsmarkt gemeinsam Massnahmen erarbeiten, um Jugendlichen in bedeutenden Schwierigkeiten mehr Zeit für den Einstieg in den Beruf zu geben. So solle Arbeitslosigkeit verhindert werden. Die Kantonsregierung solle sich zudem an das Staatssekretariat für Wirtschaft wenden, damit es sich an der Entwicklung dieser Massnahmen beteiligt. *mir*